

Strümpel, Burkhard

**Article — Digitized Version**

## Wie erleben die Bürger die Wirtschaft?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Strümpel, Burkhard (1986) : Wie erleben die Bürger die Wirtschaft?,  
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 66, Iss. 1, pp. 26-30

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136119>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Wie erleben die Bürger die Wirtschaft?

Burkhard Strümpel, Berlin

**Die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung weisen darauf hin, daß traditionell positiv besetzte wirtschaftspolitische Ziele, wie Wachstum und technischer Fortschritt, von großen Bevölkerungsgruppen skeptisch betrachtet werden. Gleichzeitig wird ein Wandel in der Einstellung zur Arbeit diagnostiziert. Wo liegen die Ursachen dieses Wertewandels? Welche Konsequenzen bringt er mit sich?**

---

Die Frage „Wie erleben die Bürger die Wirtschaft?“ erscheint gleichzeitig vertraut und befremdlich. Vertraut, weil wirtschaftliches Wohlergehen ein dominantes Element individueller und kollektiver Identität ist. Wirtschaftlicher Erfolg ist relativ leicht meßbar; er äußert sich für den einzelnen in der Höhe seines Einkommens, seiner Ersparnisse, seines Vermögens, für die Gesellschaft in Statistiken über Wachstum, Geldwertveränderungen und Arbeitslosigkeit. Der Mensch als Privatbürger und Staatsbürger ist gewohnt, auf Veränderungen wirtschaftlicher Größen seismographisch zu reagieren. Befremdlich ist die Frage, weil in ihr ein im politischen und marktlichen Tagesgeschäft tabuisierter Zweifel anklingt. Es klingt, als stünden die kodifizierten Ziele der Wirtschaftspolitik, wie Wachstum und technischer Fortschritt, zur Disposition, als würden sie der subjektiven Beurteilung der Bürger anheimgestellt.

Ins Gerede geraten ist einmal die auf produktive Höchstleistung getrimmte Arbeitsdisziplin, die am Arbeitsplatz fühlbare Unterordnung unter das Diktat der Wettbewerbswirtschaft, zum anderen aber auch der Sachzwang einer wachsenden Wirtschaft, der zur Voraussetzung einer funktionierenden Wirtschaft hochstilisiert wird. Den moralisierenden Parolen im Interesse der Dynamik der Wirtschaft, etwa „Stillstand ist Rückschritt“ oder „Wir brauchen Wachstum, um unseren Lebensstandard zu halten“, wird der Wunsch nach Innehalten, Atemholen, Bilanzieren entgegengestellt. „Es wächst uns alles über den Kopf“, „Erst einmal klarkommen mit dem, was wir haben“ – dies ist die Haltung gegenüber einer Wirtschaft, die in sich funktioniert, aber

deren Abstimmung auf dominante gesellschaftliche Wünsche, Zielsetzungen, Bedürfnisse und Träume fragwürdig geworden ist<sup>1</sup>.

Die „offizielle“ Wirtschaftspolitik, wie sie sich in der Arena der Regierungen, der Parteien, Verbände und Sozialpartner, der Zentralbanken und internationalen Organisationen entfaltet, operiert auf der Basis des historischen Kompromisses der Nachkriegszeit, als die soziale Marktwirtschaft, d. h. ein am Preissystem orientierter Staatsinterventionismus, den vorher unlösbar erscheinenden Interessenkonflikt zwischen Kapitalismus und Sozialstaat zu versöhnen vermochte. Während sich über lange Jahre hinweg Legitimität, Akzeptanz und damit die Durchsetzbarkeit der herrschenden politischen Konzeptionen aus dem Erfolg bei der Realisierung der Ziele Wachstum, technischer Fortschritt, Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität herleiten, liegen heute die Dinge komplizierter. Wachstum und technischer Fortschritt haben an Charisma verloren (vgl. Tabelle 1). Insbesondere aber scheint ihre Relevanz für das Beschäftigungs- und Wohlfahrtsziel abgenommen zu haben. Sie befinden sich nunmehr in einem Konflikt zu dem Ziel der Erhaltung der physischen und sozialen Umwelt, während das unverändert hochrangige Ziel der Vollbeschäftigung außerhalb des Einflusses der Politik gerückt zu sein scheint.

Bisherige Forschungen zum Wirtschafts- und Gesellschaftsbewußtsein waren überwiegend an der traditionellen Vorstellung vom Klassenkonflikt orientiert. Dieser Konflikt, der in der Politik zwischen Linken und Rechten ausgetragen wurde, problematisierte die Verteilung des Sozialprodukts, aber nicht so sehr seine Erstellung. Wachstum und Großtechnik wurden auch von Arbeiter-

---

*Prof. Dr. Burkhard Strümpel, 50, lehrt am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft und ist Direktor der Forschungsstelle Sozialökonomik der Arbeit an der Freien Universität Berlin.*

<sup>1</sup> Vgl. hierzu M. v. Klipstein, B. Strümpel: *Der Überdruß am Überfluß – die Deutschen nach dem Wirtschaftswunder*, München 1984; *die s.* (Hrsg.): *Gewandelte Werte – erstarrte Strukturen*, Bonn 1985.

seite noch immer eher als Chance denn als Bedrohung begriffen. In jüngerer Zeit ist jedoch die Produktion zum Zankapfel geworden. Eine Distanzierung drückt sich aus in der lebhaften gesellschaftlichen Diskussion um Umweltschutz und Dezentralisierung, um Humanisierung und Flexibilisierung der Arbeit, an den Protesten größerer Minderheiten gegen Kernkraftwerke, Auto- und Startbahnen.

### Umfrageergebnisse

Wie läßt sich diese Distanzierung nachweisen? Einmal im „Makrodenken“ der Bürger, zum anderen in der Art, wie sie auf der Mikroebene, als Arbeitnehmer und Konsumenten, ihre Erfahrungen vor Ort, im Beruf und am Markt deuten.

Ein erster Blick auf vorliegende Umfrageergebnisse<sup>2</sup> scheint für eine weiterhin ungebrochene Wachstumsorientierung der großen Mehrheit der Bevölkerung zu sprechen. Rund 70 % der Bevölkerung bewerten wirtschaftliches Wachstum allgemein positiv. Fragt man allerdings konkreter nach einzelnen Konsequenzen von Wachstum, wandelt sich das Bild. In einem Assoziationstest werden nacheinander verschiedene Begriffe vorgelegt. Die Befragten mußten entscheiden, ob sie einen Zusammenhang mit Wachstum sahen oder nicht. Aus den Ergebnissen dieser Umfrage ergibt sich, daß eine klare Mehrheit der gleichen Personen, die zuvor Wachstum überwiegend positiv beurteilt hatten, dieses nunmehr mit den negativen Konsequenzen „Umweltverschmutzung“, „Übermacht der Technik“, „Streß und Überanstrengung“ in Verbindung brachten, andererseits aber mit noch deutlicherer Mehrheit die positive Konsequenz „neue Arbeitsplätze“ mit Wachstum assoziierten<sup>3</sup>. Die Einstellung zur „Technik“ hat sich von fast einhelliger Zustimmung zu einer abgewogenen Haltung gewandelt (vgl. Tabelle 1).

Wir müssen sorgfältig drei Denkweisen unterscheiden. Wir finden einmal die zwei bekannten Extreme des Einstellungsspektrums. An diesen Extremen ist man mit sich und der Welt im reinen. Man „weiß“, wenn man einem „strukturkonservativen“ industriellen Paradigma anhängt, daß etwa Kernkraft gut ist, ungefährlich, beherrschbar, rentabel. Ebenso glauben die Gegner des Industriesystems, daß Wachstum, industrielle Expansion und Kernkraft nicht nur unrecht oder unnützlich sind, sondern auch noch negative Konsequenzen in einer ganzen Palette von kritischen Dimensionen nach sich ziehen.

Interessanter ist der dritte Typ, der zahlenmäßig überwiegt und als „dissonant“ eingestuft werden muß. Wachstum als allgemeines Gesellschaftsziel wird posi-

tiv bewertet, für wichtige Bereiche sieht man jedoch negative Auswirkungen der ökonomischen Expansion.

### Zielkonflikte

Besonders Umweltschutz und wirtschaftliches Wachstum werden in einem Zielkonflikt gesehen, entgegen den Beteuerungen der meisten Politiker und Wirtschaftsexperten, beide Belange unter dem Banner eines „qualitativen Wachstums“ miteinander in Einklang bringen zu können.

Wie aber entscheidet sich die Bevölkerung in diesem Zielkonflikt? Betrachten wir hierzu einige Daten, die den Konflikt zwischen Wachstum und Umwelt einmal aus der Sicht des Arbeitsplatzbesitzers und zum anderen aus dem Blickwinkel des Konsumenten ansprechen. Wenn es um Arbeitsplätze geht, wird Wachstum dem Umweltschutz vorgezogen; wird dagegen Wachstum mit Konsumsteigerung in Verbindung gebracht, hat Umweltschutz den Vorrang. Viele Bürger befinden sich bei den genannten Entscheidungen in einer Dissonanz zwischen ihrer Rolle als Produzent mit bedrohtem Arbeitsplatz und als Konsument mit gesättigten Bedürfnissen.

In diesem Wirtschaftsbild fügen sich die vielen einzelnen wirtschaftlichen Handlungen nicht mehr, wie bei Adam Smith und seinen modernen Nachfahren, zum gesamtwirtschaftlichen Guten. Vielmehr erscheint die Wirtschaft als komplizierter, geradezu naturgesetzlich ablaufender Prozeß. Jeder Versuch, von außen im Interesse der Menschlichkeit einzugreifen, riskiert den Stillstand dieses komplizierten Räderwerks. Wachstum wird statt als wünschenswertes Ziel der Wohlfahrts- oder Wohlstandssteigerung nur noch als Mittel zum Zweck, als Aphrodisiakum eines alternden Kapitalismus akzeptiert. Ohne technischen Fortschritt sinkt schon heute die Wettbewerbsfähigkeit, ohne Wachstum steigt schon heute die Arbeitslosigkeit und bricht morgen vielleicht die Wirtschaft zusammen – mit Wachstum und technischem Fortschritt aber bricht übermorgen die Umwelt zusammen, und schon heute wird das Leben immer anstrengender, hektischer und unmenschlicher<sup>4</sup>. Nicht positive Anreize, etwa die Verlockungen des Wohlstands sind hier am Werke, sondern Drohungen, Ängste, Unsicherheit – grüne Gefühle, technokratische Argumente.

<sup>2</sup> Die Umfrageergebnisse entstammen der von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Untersuchung Arbeitspolitik und Öffentlichkeit, die von E. Noelle-Neumann, dem Verfasser und M. v. Klipstein geleitet wurde. Vgl. hierzu auch E. Noelle-Neumann, B. Strümpel: Macht Arbeit krank – macht Arbeit glücklich?, München 1984.

<sup>3</sup> Vgl. M. v. Klipstein, B. Strümpel: Der Überdruß am Überfluß, a.a.O.

<sup>4</sup> Vgl. ebenda.

**Distanzierung von der Arbeit**

Demoskopische Zeitreihendaten lassen eine Fehlanpassung der deutschen Arbeitnehmer im Verhältnis zu ihrer Berufsarbeit erkennen. Dies äußert sich in zunehmender Skepsis und Kritik an der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmersituation, in einer Verlagerung auf Freizeitinteressen, in einer Schwächung der Autorität der Arbeitsrolle, in einer Reduzierung subjektiv wahrgenommener Freiheitsspielräume am Arbeitsplatz und schließlich in dem Wunsch nach mehr Freizeit auch ohne Lohnausgleich.

Erstens hat diese Distanzierung auf breiter Front viel stärker von den Jüngeren Besitz ergriffen als von den Älteren (vgl. Tabelle 2). Die jungen Leute befinden sich in einer Phase der Orientierung, stehen vor dem häufig schmerzhaften Zwang, ihre durch die Prosperität der älteren Generation geprägten Ansprüche mit der Realität der Berufswelt in Einklang zu bringen. Sie sind es auch, die von der Schattenseite der wirtschaftlichen Schwierigkeiten am härtesten betroffen sind, denen die Hauptlast der Anpassung an die Arbeitsmarktlage aufgebürdet wird: kein Dauerarbeits- oder Ausbildungsplatz, ein geringes Dienstalter, wenig Fähigkeiten und Fertigkeiten, kein „Besitzstand“, der durch den Sozialstaat verbrieft würde.

Zweitens haben sich die geschilderten Verschiebungen in höchst ungleichem Maße auf verschiedene Berufsgruppen ausgewirkt (vgl. Tabelle 2). Zumindest einige Verschiebungen sind an Berufen und Berufstätigkeiten mit höherem sozialen Status fast spurlos vorübergegangen. Die Selbständigen und freiberuflich Tätigen scheinen sich ihrer Arbeit eher noch stärker zugewandt zu haben, die leitenden Angestellten und Beamten, die relativ einflußreich, wenn auch in stark hierarchisch gegliederten, auf Unter- und Überordnung ausgerichteten Organisationen tätig sind, blieben der Arbeit wohlgesonnen, wohingegen vielen Arbeitern und den in ausführenden Büroberufen Tätigen die Lust an der Arbeit vergangen zu sein scheint.

Drittens nimmt die Bundesrepublik eine Sonderstellung in dem Kreis einiger westlicher Industrieländer ein, für die Vergleichsdaten vorliegen; die Deutschen stehen der Arbeit besonders kritisch gegenüber (vgl. Tabelle 2).

Wo lassen sich die treibenden Kräfte dieser Distanzierung orten? Mehrere Thesen stehen in der überaus lebhaften Wertewandeldiskussion einander gegenüber, von der wir nur zwei herausstellen wollen. Erstens die Entfremdungshypothese marxistischer Tradition, nach der sich die Qualität der Arbeitsplätze in der zentralisierten arbeitsteiligen Produktion verschlechtert hat, und zweitens die Sozialisationshypothese, die eher der konservativen Kulturkritik nahesteht, nach der der Einfluß von Medien und Bildungsinstitutionen besonders dort Distanzierung hervorruft, wo es an unmittelbarer Berührung und Erfahrung mit der materiellen Produktion fehlt.

Diesen Hypothesen soll von mir die Formel „evolutionäre Distanz“ zwischen Werten und Strukturen gegenübergestellt werden. Sie enthält Elemente der beiden vorstehenden Erklärungsansätze. Erweiterte Ansprüche, herrührend aus den in der Wohlstandsgesellschaft veränderten Sozialisationserfahrungen, manifestieren sich in den mehrfach dokumentierten Altersunterschieden; sie führen aber zumindest bei den Einstellungen zur Arbeitswelt nicht unmittelbar zur Fehlanpassung. Dies geschieht erst nach der Konfrontation mit realen Arbeitsplätzen. Der „Mißklang“, die Distanzierung von der Arbeit, wie sie sich an vielen Indikatoren erweist, ist nicht etwa vorgegaukelt, sie ist eindeutig realitätsbezogen.

Nun zur Kehrseite der Medaille, den Makroideologien. Nach der Entfremdungshypothese müßte die Stellung im Beruf oder zumindest die Erfahrung am Arbeitsplatz, etwa mit der Technik, die Wirtschaftsideologien prägen bzw. Unterschiede der Ausprägungen erklären helfen. Es müßten die Arbeiter sein, oder die Arbeitnehmer mit schlechten Erfahrungen am Arbeitsplatz, die am Produktionssystem besonders starke Kritik üben. Umgekehrt würde die Sozialisationshypothese bei denjenigen besondere Aversionen, Skepsis und Kritik ver-

**Tabelle 1**  
**Die Entwicklung der Einstellungen zum technischen Wandel**

Bundesgebiet mit West-Berlin – Gesamtbevölkerung  
Frage: „Glauben Sie, daß die Technik alles in allem eher ein Segen oder ein Fluch für die Menschheit ist?“

	1966		1976		1981		Differenz 1981-1966	
	Alle Befragten in %	16-20- jährige in %	Alle Befragten in %	16-20- jährige in %	Alle Befragten in %	16-20- jährige in %	Alle Befragten	16-20- jährige
Segen	72	83	50	53	30	23	-42	-60
Fluch	3	2	10	8	13	19	+10	+17
Teils/teils	17	8	35	33	53	53	+36	+46
Kein Urteil	8	7	5	6	4	4	-4	-3
	100	100	100	100	100	100		

muten, die dem Produktionssystem fernstehen und besonders stark den Einflüssen des Bildungssystems und der Medien ausgesetzt sind: Jugendliche, Studenten, Lehrer, die Rekruten der Informationsgesellschaft.

Die Hypothese der „evolutionären Distanz“ zwischen Werten und Strukturen geht zunächst einmal von einer gewissen materiellen Saturierung aus. Wo Geld weniger wichtig wird, wiegt die produktive Effizienz der Wirtschaft leichter und der Preis dieses Erfolges, der in Beeinträchtigung der physischen und sozialen Umwelt zu entrichten ist, desto schwerer. Nach dieser Hypothese beruht die postmaterialistische Distanzierung gewissermaßen auf einer neuartigen Realitätserkenntnis, sie ist als Reaktion auf den Massenwohlstand sachlogisch.

**Alter und beruflicher Status**

Auch hier ergeben sich, zumindest in Umrissen, Möglichkeiten der Hypothesenprüfung. Nach der Sozialisationshypothese wäre neben einer starken negativen Alterskorrelation mit postmaterialistischen Denkweisen auch eine positive Korrelation mit beruflichem Status zu erwarten; besonders die Jüngeren und materiell Privilegierten wären Träger der neuen Ansprüche. Nach der Entfremdungshypothese wäre zwar keine Alterskorrelation, aber eine negative Korrelation mit dem beruflichen Status zu erwarten; betroffen vom „Makrofrust“ wären hauptsächlich die unteren Schichten der Arbeitnehmerschaft. Die Distanzierungshypothese würde zwar zusammen mit der Sozialisationshypothese die Jungen als Hauptträger der neuen Ansprüche identifizieren, würde aber keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Berufsgruppen erwarten, da die Erfahrung des Massenwohlstands alle großen Gruppen der Bevölkerung durchzieht. Die Beschäftigten der höheren Berufsgruppen mögen aufgrund stärkerer materieller Sätti-

gung und längerer Bildungszeiten kritischer eingestellt sein, dieser Impuls würde aber dadurch entschärft, daß der Arbeitsmarkt ihnen die Sonnenseite des Systems zukehrt.

Die wenn auch nur skizzenhafte Evidenz scheint am ehesten mit der letzten Interpretation übereinzustimmen. Wachstums- und Technikkritik sind besonders unter den Jüngeren verbreitet, während Berufsgruppen- und Einkommensunterschiede eine weitaus geringere Rolle spielen. Demgegenüber verzeichnen wir dort, wo es um unmittelbare Erfahrungen am Arbeitsplatz geht, durchaus schichtspezifische Unterschiede. Daß der Mißklang zwischen Mensch und Arbeit bei den unteren Berufsschichten am schrillsten ist und sich hier der Distanzierungsimpuls am deutlichsten zeigt, kann nicht auf die Folgen eines klassenspezifisch-kritischen Bewußtseins zurückgeführt werden, sondern vielmehr darauf, daß „unten“ die erweiterten Ansprüche besonders häufig und besonders schmerzlich unerfüllt bleiben.

**Begründbare Anspruchsevolution**

Es wäre in der Tat verwunderlich, wenn die massiven Veränderungen der gesellschaftlichen Großwetterlage – Wohlstand, soziale Sicherung, Bildungsrevolution, mehr arbeitsfreie Zeit, kleinere Familien – das Verhältnis zur Arbeit nicht gründlich umgekrempelt hätten. Man kann von einer Generation urbaner junger Menschen, die 10 bis 20 Jahre im Bildungssystem verbracht haben, nicht eine ähnliche Bereitschaft zur Unterordnung oder zur Verrichtung wenig angesehenen und qualifizierter Arbeiten erwarten wie von der Erwerbsbevölkerung zu Zeiten des Nachkriegsbooms. Damals konnten die Arbeitgeber auf Arbeitskräfte zurückgreifen, die etwa aus der Landwirtschaft oder dem Kleingewerbe kamen, größtenteils als Flüchtlinge, und die in einer vermutlich

**Tabelle 2**  
**Arbeitsethik im Internationalen Vergleich**

*Bundesgebiet mit West-Berlin, USA, Schweden, Israel, Großbritannien – Berufstätige 1982/83*

Frage: „Hier unterhalten sich zwei über ihre Arbeit. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken, A oder B?“  
 A: „Ich setze mich in meinem Beruf ganz ein und tue oft mehr, als von mir verlangt wird. Der Beruf ist mir so wichtig, daß ich ihm vieles opfere.“  
 B: „Ich tue bei meiner Arbeit das, was von mir verlangt wird, da kann mir niemand etwas vorwerfen. Aber daß ich mich darüber hinaus noch besonders anstrengen soll, sehe ich nicht ein. So wichtig ist mir der Beruf nun auch wieder nicht.“

in %	Bundesrepublik Deutschland (1967)			USA			Israel			Schweden			Großbritannien		
A	(54)	41		68			79			56			66		
B	(33)	41		24			18			36			30		
Alter (Jahre)	-29	30-54	55-	-29	30-54	55-	-29	30-54	55-	-29	30-54	55-	-29	30-54	55-
A	32	44	58	61	70	73	75	81	71	45	58	55	57	69	74
B	50	39	27	30	22	18	24	16	22	45	33	38	39	28	19
Beruf	Angestellte	Arbeiter	Angestellte	Arbeiter	Angestellte	Arbeiter	Angestellte	Arbeiter	Angestellte	Arbeiter	Angestellte	Arbeiter	Angestellte	Arbeiter	
A	47	34	72	61	-	-	-	-	-	64	43	80	80	54	
B	34	53	20	29	-	-	-	-	-	24	51	17	17	41	

einzigartigen Kombination von Belastungstoleranz, Arbeitsvermögen und Leistungsmotivation Lohnarbeit im modernen Sektor verrichteten. Auch kann man von einem spätindustriellen Beschäftigungssystem, das die Menschen nur noch einen Bruchteil ihres Erwachsenenlebens unter den Fittichen hat und deren Lebensstandard und materielle Sicherheit von mehreren Quellen gespeist werden, nicht die gleiche Prägekraft erwarten, wie von den extrem harten Arbeitsbedingungen des Frühindustrialismus, die der Preis für das Überleben waren. Und es wäre merkwürdig, würden die Staatsbürger dem Produktionssystem und seiner Expansion heute mit der gleichen Loyalität und Opferbereitschaft gegenüberzutreten wie in den Jahrzehnten des Wiederaufbaus.

Es ist daher weder nötig noch hilfreich, die feststellbaren Tendenzen der ökonomischen Abrüstung mit einem durch die Medien oder das Bildungssystem angeblich herbeigeführten Realitätsverlust zu erklären. Vielmehr haben wir eine gut begründbare Anspruchsevolution vor uns. Ihre Form und Ausgestaltung läßt freilich viele Fragen offen.

Ungeklärt bleibt etwa, ob die geschilderten Tendenzen bereits ihren Höhepunkt erreicht haben oder im Abklingen sind: Wird das manifeste Erfolgsdefizit dieses Wirtschaftssystems in Sachen Beschäftigungs- und Arbeitsplatzsicherung eine Disziplinierung zur Folge haben, die über ein äußerliches Sich-Fügen hinausgeht? Wird der Anspruchswandel in zynischer Auslegung des Hegel-Wortes „Freiheit ist Einsicht in die Notwendigkeit“ wieder in die Loyalität der alten Pflichtethik zurückfallen? Werden die Arbeitsbesitzer, deren Privilegien manifest und deren Arbeitsbedingungen gut sind, sich wieder stärker mit einem Produktionssystem identifizieren, das ihnen viel mehr bietet als Brot und guten Lohn? Denkbar ist freilich auch, daß der „lockere“ Arbeitsmarkt – locker nur für Personalchefs, sehr rigide für die Arbeitnehmerseite – die Bemühungen zur Humanisierung der Arbeitswelt im Arbeitgeberkalkül in den Hintergrund drängt und damit den Mißklang zwischen Mensch und Arbeit noch akzentuiert.

### Reaktionen der Unternehmen

Bereits oben wurde die Sonderstellung der Deutschen im internationalen Vergleich deutlich (vgl. Tabelle 2). Die besonders ausgeprägte Distanzierung der Deutschen von ihrer Berufsarbeit läßt sich auch an der Einschätzung der Verbundenheit mit dem Arbeitgeber und an Klagen über die Behandlung am Arbeitsplatz verfolgen. Auch die Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten fallen in Deutschland am deutlichsten aus<sup>5</sup>. Wie kann es sein, daß ein Land, das zu den führenden Wirtschaftsmächten der Erde gehört, im Exportwettbewerb

glänzend dasteht, wegen seiner Qualitätsprodukte und der geordneten Beziehungen zwischen den Sozialpartnern weithin anerkannt wird, in bezug auf die Motivation und Loyalität seiner Erwerbstätigen so schlecht abschneidet?

Ein Blick auf die Statistik zeigt, daß das wirtschaftliche Wachstum der Bundesrepublik seit 1970 nicht höher als das anderer großer Industrieländer war. Hier rangiert die Bundesrepublik etwas niedriger als Frankreich, Italien und die Vereinigten Staaten und natürlich wesentlich niedriger als Japan. Die Arbeitsproduktivität ist dagegen in Deutschland weit stärker gestiegen als in anderen Industrieländern. Dementsprechend ist die Zahl der Arbeitsplätze zurückgegangen – die Bundesrepublik ist das einzige größere Industrieland, das auf den Zustrom der geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt mit einer Verringerung der Arbeitsplätze reagiert hat. Während etwa die Vereinigten Staaten zwischen 1970 und 1979 ihre Beschäftigtenzahl um 29 % erhöht haben, schrumpfte diese in der Bundesrepublik im gleichen Zeitraum um 4 %. Es ist leicht, eine hohe Produktivität zu erzielen, wenn Arbeitsplätze mit niedriger Produktivität abgeschafft werden.

Könnte es sein, daß die Produktivität der deutschen Industrie gerade deshalb hoch ist und überdurchschnittlich steigt, weil die deutschen Arbeitgeber Vorkehrungen treffen, um die Distanzierung der Arbeitnehmer von der Berufsarbeit zu konterkarieren? Zu nennen sind hier: hohe Arbeitsbelastung und Ausschöpfung aller Möglichkeiten, Menschen durch Maschinen und Computer zu ersetzen und Arbeitnehmer mit einer „Gleichgewichtsethik“ möglichst fernzuhalten<sup>6</sup>.

Schon in der Wachstumsperiode der Nachkriegszeit war die deutsche Wirtschaft dank einer intensiven außenwirtschaftlichen Verflechtung in der Lage, einen für lange Zeit unergiebigem nationalen Arbeitsmarkt sowie eine hinter den Zuwachsraten des Sozialprodukts zurückbleibende Konsumgüternachfrage durch einen hohen Exportüberschuß und die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zu kompensieren. Eine ähnliche Erklärung hilft auch für die Situation der Unterbeschäftigung weiter. Selektive Einstellungspraktiken, Arbeitsintensivierung, Rationalisierung und wiederum ausländische Arbeitskräfte – noch immer verbleibt beträchtlicher Spielraum für Anstrengungen, um zu verhindern, daß die „Wirtschaftsmüdigkeit“ der Deutschen auf die Bilanzen durchschlägt.

<sup>5</sup> Vgl. M. v. Klipstein, B. Strümpel: Gewandelte Werte – erstarrte Strukturen, a.a.O.

<sup>6</sup> Vgl. P. Windolf, W. Hohn: Arbeitsmarktchancen in der Krise. Betriebliche Rekrutierung und soziale Schließung, Frankfurt am Main 1984.